

Konzernrechtlicher Gläubigerschutz bei der klassischen Betriebsaufspaltung

Anwendung der Haftungsgrundsätze des BGH zum
qualifizierten faktischen GmbH-Konzern

von

Dr. Gabriele Holzwarth

Rechtsanwältin, Stuttgart



Verlag Dr. Otto Schmidt · Köln

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	VII
Einführung und Problemstellung	1
Erster Abschnitt: Grundlagen der klassischen Betriebsaufspaltung	6
I. Begriff, Erscheinungsformen und Entwicklung der Betriebsaufspaltung	6
1. Begriff und Wesensmerkmale	6
2. Typisierte Erscheinungsformen	9
3. Entwicklung und Geschichte	12
II. Aufspaltungsmotive	14
1. Steuerrechtliche Motive	14
2. Privatrechtliche Motive	18
2.1. Verminderung der Haftungsrisiken: Haftungsbeschränkung und Haftungssubstanzverringerung	18
2.2. Sonstige Motive	19
III. Beschreibung des Untersuchungsgegenstandes anhand von Differenzierungen bei der Betriebsaufspaltung	21
1. Gegenstand der Untersuchung: die klassische Betriebsaufspaltung	21
2. Beschreibung anhand von Differenzierungen bei der Betriebsaufspaltung	21
2.1. Art der Entstehung: Entstehungs- und Ausgründungsvorgang sowie Aufspaltungszeitpunkt	22

2.2.	Aspekt der Betrachtung: dynamischer Vorgang oder Zustand ?	24
2.3.	Anzahl der an einer Betriebsaufspaltung beteiligten Einheiten	24
2.4.	Art der Aufteilung der betrieblichen Funktionen	25
2.5.	Arten der Rechts- bzw. Unternehmensformen der beteiligten Einheiten	26
2.6.	Art der Beteiligungsverhältnisse zwischen den beiden Einheiten: horizontales und vertikales Beteiligungsmodell	28
2.7.	Natur der an den beiden Einheiten beteiligten Gesellschafter hinsichtlich einer Mehrfachbeteiligung: Beteiligung "außenstehender" Dritter	29
2.8.	Ausgestaltung der schuldrechtlichen Beziehungen zwischen den Einheiten (Modelle)	30
2.9.	Art der bei der Besitzgesellschaft verbleibenden Funktionen und Tätigkeiten	31
2.10.	Zeitlicher Zusammenhang der Durchführung mit einer Krise	33
3.	Zusammenfassung: Gegenstand der Untersuchung	34
IV.	Rechtliche Grundlagen, Rechtsnatur und Strukturmerkmale	35
1.	Steuerrechtliche Grundlagen und Rechtsnatur	35
1.1.	Rechtsgrundlagen und Rechtsnatur	35
1.2.	Steuerrechtliche Tatbestandsvoraussetzungen	37
1.2.1.	Die personelle Verflechtung: der einheitliche geschäftliche Betätigungswille	37
1.2.2.	Die sachliche Verflechtung: Überlassung mindestens einer wesentlichen Betriebs- grundlage an die Betriebs-GmbH	40
2.	Zivil- und gesellschaftsrechtliche Grundlagen und Rechtsnatur	40
3.	Zivil- und gesellschaftsrechtliche Strukturmerkmale	41

Zweiter Abschnitt: Zum Bedürfnis für einen konzernrechtlichen Gläubigerschutz bei der klassischen Betriebsaufspaltung	45
I. Ansatzpunkte und Quellen einer besonderen Gläubigergefährdung bei der Betriebsaufspaltung	46
II. Besondere Risiken der Gläubiger der Betriebs-GmbH aufgrund der Betriebsaufspaltung	47
1. Geringe Kapitalausstattung und Unterkapitalisierung	47
2. Verminderte Haftungssubstanz	48
3. "Abflußrisiko": Fortlaufende Gewinnminderungen durch Nutzungsentgelte	49
4. Möglichkeit beliebiger Ausgestaltung und Einflußnahme zum Nachteil der Betriebs-GmbH	50
III. Gläubigerschutz durch Ersatzkapitalhaftung und Durchgriffshaftung	54
1. Anwendung der Grundsätze kapitalersetzender Gesellschafterdarlehen auf die Nutzungsüberlassungen bei der Betriebsaufspaltung	55
1.1. Ein Rechtsfolgen-Problem	58
1.2. Die Lagergrundstück-Entscheidungen des BGH	60
1.3. Verhältnis zu einem konzernrechtlichen Gläubigerschutz	62
2. Durchgriffshaftung der Gesellschafter der Betriebs-GmbH	63
2.1. Unterkapitalisierung	65
2.2. Instituts- und Rechtsformmißbrauch	68
2.3. Beherrschung der Gesellschaft	73
IV. Zusammenfassung	77

Dritter Abschnitt: Die klassische Betriebsaufspaltung als qualifizierter faktischer GmbH-Konzern	79
I. Zur Entwicklung und zu den Voraussetzungen eines konzernrechtlichen Gläubigerschutzes	79
1. Entwicklung	79
2. Voraussetzungen	82
2.1. Voraussetzungen nach der Rechtsprechung des BGH	82
2.2. Erfordernis des Konzerntatbestandes ?	83
II. Die konzernrechtliche Unternehmenseigenschaft bei der Betriebsaufspaltung	85
1. Der konzernrechtliche Unternehmensbegriff	85
2. Der konzernspezifische Interessenkonflikt bei der Betriebsaufspaltung	91
2.1. Literaturauffassungen	92
2.2. Die Entscheidung des BGH vom 9.10.1986	97
2.3. Stellungnahme	97
2.3.1. Steuerrechtliche Implikationen	98
2.3.2. Interessengegensätze bei den Miet-/Pachtvereinbarungen	98
2.3.3. Rücküberführbarkeit des Betriebes:	
Fortführungsinteresse	101
2.3.4. Modelle	102
2.3.5. Zwischenergebnis	103
3. Die konzernrechtliche Unternehmenseigenschaft bei den verschiedenen Beteiligungsmodellen	105
3.1. Horizontales Beteiligungsmodell	106
3.2. Vertikales Beteiligungsmodell	107
III. Die Abhängigkeit der Betriebs-GmbH	112
1. Abhängigkeit nach § 17 AktG	112
2. Horizontales Beteiligungsmodell	115

2.1.	Beteiligungs- oder Beherrschungsidentität mit Allein- oder Mehrheitsgesellschafter	116
2.2.	Beteiligungs- oder Beherrschungsidentität bei mehreren Doppelgesellschaftern ohne Mehrheitsgesellschafter	116
2.3.	Beteiligungs- oder Beherrschungsidentität bei mehreren Doppelgesellschaftern mit Mehrheitsgesellschafter	119
3.	Vertikales Beteiligungsmode	120
IV.	Der Tatbestand des einfachen faktischen GmbH-Konzerns bei der klassischen Betriebsaufspaltung	122
1.	Unterordnungskonzern	122
2.	Konzernbegriff: Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung	123
3.	Konzernvermutung	126
3.1.	Konzernvermutung bei den verschiedenen Beteiligungsmodellen	126
3.1.1.	Horizontales Beteiligungsmode	126
3.1.2.	Vertikales Beteiligungsmode	127
3.2.	Widerlegung der Konzernvermutung	127
4.	Faktischer Konzern	130
V.	Der Tatbestand des qualifizierten faktischen GmbH-Konzerns bei der klassischen Betriebsaufspaltung	131
1.	Zum Begriff und zur Entwicklung des qualifizierten faktischen GmbH-Konzerns	134
1.1.	Begriff	134
1.2.	Entwicklung	135
1.2.1.	Arbeitskreis GmbH-Reform	136
1.2.2.	Die Rechtsprechung des BGH	138
1.2.2.1.	Die Autokran-Entscheidung	138
1.2.2.2.	Die Tiefbau-Entscheidung	140
1.2.2.3.	Die Video-Entscheidung	142
1.2.2.4.	Die Stromlieferungs-Entscheidung	143
1.2.2.5.	Die TBB-Entscheidung	144

	Seite
1.2.3. Überblick zum Meinungsstand in Literatur und Praxis	144
1.2.3.1. Definitionsversuche	145
1.2.3.2. Reaktionen auf die Video-Entscheidung und die TBB-Entscheidung	146
2. Der Streit um das Haftungskonzept	148
2.1. Überblick	148
2.2. Stellungnahme	151
3. Die Voraussetzungen der Haftung im qualifizierten faktischen GmbH-Konzern	154
3.1. Der Haftungstatbestand und die Beweislastverteilung	155
3.1.1. Der Streit um den Haftungstatbestand	155
3.1.2. Das Problem der angemessenen Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	157
3.1.3. Zur Bedeutung der körperschaftsteuerlichen Organ- schaft für den Tatbestand des qualifizierten faktischen Konzerns	158
3.1.4. Stellungnahme	159
3.2. Die Tatbestandselemente	162
3.2.1. Keine angemessene Rücksicht auf die Belange der abhängigen GmbH/Nachhaltige Beeinträchtigung ihres Eigeninteresses	162
3.2.2. Dauernde und umfassende Ausübung der Leitungs- macht/Personelle Verflechtung mit der Geschäfts- führung der abhängigen GmbH	164
3.2.2.1. Bedeutung der personellen Verflechtung für die dauernde und umfassende Ausübung der Leitungsmacht	165
3.2.2.2. Bedeutung der personellen Verflechtung für die übrigen Tatbestandselemente	167
3.2.2.3. Vermutungskriterium für mangelnde Rück- sicht auf die Belange der abhängigen GmbH ?	173
3.2.3. Mangelnde Isolierbarkeit und Kontrollierbarkeit der Einflußnahme: Funktionsverlust des Einzelausgleichssystems	176

	Seite
3.3. Weitere Merkmale und Indizien	177
3.3.1. Führung wie Betriebsabteilung eines Gesamtunternehmens/Einverleibende Beherrschung	178
3.3.2. Verlust eigenständiger Existenzfähigkeit/Ausgliederung wesentlicher unternehmerischer Teifunktionen	180
3.3.3. Finanzielle Führung	182
3.3.4. Branchennähe	183
3.3.5. Nachgewiesene regelmäßige Schädigungen	183
3.3.6. Insolvenz	184
3.4. Widerlegung einer vermuteten Interessenbeeinträchtigung, sekundäre Darlegungslast und Haftungsausschluß für extern verursachte Verluste	185
3.4.1. Widerlegung und sekundäre Darlegungslast	185
3.4.2. Ausschluß der Haftung für extern verursachte Verluste ?	189
3.5. Zusammenfassung	189
4. Die Betriebsaufspaltung als qualifizierter faktischer GmbH-Konzern	191
4.1. Nachhaltige Beeinträchtigung der Interessen der Betriebs-GmbH	191
4.1.1. Situation bei der klassischen Betriebsaufspaltung	191
4.1.2. Darlegungs- und Beweislast/Vermutung der Interessenbeeinträchtigung	191
4.2. Dauernde und umfassende Leitung der Betriebs-GmbH und personelle Verflechtung mit deren Geschäftsführung	193
4.2.1. Horizontales Beteiligungsmodell	194
4.2.2. Vertikales Beteiligungsmodell	195
4.3. Mangelnde Isolierbarkeit und Kontrollierbarkeit der Einflußnahme:	
Funktionsverlust des Einzelausgleichssystems	196
4.4. Weitere Merkmale und Indizien eines qualifizierten faktischen Konzerns	197
4.4.1. Führung wie Betriebsabteilung eines Gesamtunternehmens/Einverleibende Beherrschung	197
4.4.1.1. Horizontales Beteiligungsmodell	200

	Seite
4.4.1.2. Vertikales Beteiligungsmodell	200
4.4.2. Verlust eigenständiger Existenzfähigkeit/Ausgliederung wesentlicher unternehmerischer Teifunktionen	201
4.4.3. Finanzielle Führung	202
4.5. Zusammenfassung	203
 Vierter Abschnitt: Konzernrechtlicher Gläubigerschutz bei der Betriebs-GmbH: Die Rechtsfolgen	 204
I. Verlustausgleichspflicht nach § 302 AktG analog	206
1. Ausgestaltung der Verlustausgleichspflicht bei ein- und mehrgliedriger konzernierter GmbH	206
2. Gläubigerschutzniveau bei der GmbH: Rechtsformspezifische Beschränkung der Verlustausgleichspflicht auf die Stammkapitaldeckung	207
3. Beschränkung der Haftung auf im Konzern gebundenes Beteiligungsvermögen ?	208
II. Entsprechende Anwendung des § 303 AktG	212
III. Adressat konzernrechtlicher Haftung bei den verschiedenen Beteiligungsmodellen	215
1. Horizontales Beteiligungsmodell	215
2. Vertikales Beteiligungsmodell	215
IV. Geltendmachung der Ansprüche	218
Zusammenfassung und Schlußbetrachtung	219
Literaturverzeichnis	227
Stichwortverzeichnis	261